

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 18. Juni 1992 zur Revision des Übereinkommens über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts

A. Zielsetzung

Das 1972 unterzeichnete und 1975 in Kraft getretene Übereinkommen zur Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts soll in Ausführungen zwischenzeitlich gesammelter Erfahrungen und von Vorschlägen einer Beurteilungsgruppe, die die Arbeit des Instituts überprüft hat, geändert werden. Im wesentlichen sollen ein bereits bestehender Forschungsbeirat nun auch im Text des Übereinkommens seine Rechtsgrundlage finden, ein Exekutivrat aus dem Akademischen Rat gebildet, das Wahlverfahren des Präsidenten geändert, die erste Amtszeit des Präsidenten verlängert, die danach zulässige zweite Amtszeit aber gekürzt werden und die Möglichkeit der Einrichtung von interdisziplinären Forschungszentren am Institut ausdrücklich in dem Übereinkommen genannt werden. Außerdem soll das Institut das Recht erhalten, einen besonderen Titel unterhalb des Doktorgrades an Forscher zu verleihen, die ein Jahr an dem Institut unter bestimmten Bedingungen gearbeitet haben, und nicht promoviert worden sind. Die übrigen Änderungen sind rein technischer Natur, betreffen die Zusammensetzung von Gremien und die Bezeichnung von Personen.

B. Lösung

Die Änderungen sollen über ein besonderes „Übereinkommen zur Revision des Übereinkommens über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts“ vom 18. Juni 1992 völkerrechtlich festgelegt und in das „Übereinkommen zur Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts“ vom 19. April 1972 eingebracht werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Ländern und Gemeinden entstehen durch die Ausführungen des Gesetzes selbst keine Kosten. Durch die bei der Einrichtung von interdisziplinären Zentren entstehenden höheren Personal- und Verwaltungskosten kann sich der jährlich festgelegte Zuschuß der Bundesregierung zum Haushalt des Instituts allerdings geringfügig erhöhen, wenn die zusätzlichen Kosten nicht über Dritt- oder Eigenmittel des Instituts finanziert werden können.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (322) – 680 00 – Eu 30/93

Bonn, den 4. Oktober 1993

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 18. Juni 1992 zur Revision des Übereinkommens über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

Der Bundesrat hat in seiner 660. Sitzung am 24. September 1993 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf**Gesetz****zu dem Übereinkommen vom 18. Juni 1992
zur Revision des Übereinkommens
über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts****Vom****1993**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

S.) wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 1

Dem in Florenz am 17. September 1992 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 18. Juni 1992 zur Revision des Übereinkommens vom 19. April 1972 über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts (BGBl. 1974 II S. 1137) in der zuletzt durch Beschluß Nr. 4/89 des Obersten Rates vom 7. Dezember 1989 geänderten Fassung (BGBl. 1993 II

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Satz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz Anwendung, da es einen völkerrechtlichen Vertrag, der Gegenstand eines Vertragsgesetzes war, in völkerrechtlich verbindlicher Weise ändert oder ergänzt und sich auf Gegenstände der Gesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Artikels 2 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Satz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht belastet. Im Vollzug des Übereinkommens zur Revision des Übereinkommens über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts können für den Bund bei der Einrichtung der in Artikel 7 des Übereinkom-

mens vorgesehenen interdisziplinären Studien- und Forschungszentren durch die damit verbundenen erhöhten Personal- und Verwaltungskosten anteilmäßig geringfügige zusätzliche Kosten entstehen, die über den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu den Kosten des Europäischen Hochschulinstituts anteilmäßig zu finanzieren wären, soweit sie nicht durch Dritt- oder Eigenmittel des Instituts selbst aufgefangen werden können.

Preisliche Auswirkungen auf den deutschen Wirtschaftsraum sind durch die möglichen Mehrkosten, die durch das Revisionsübereinkommen entstehen können, nicht zu erwarten. Das Institut hat nicht nur seinen Sitz in Italien, sondern lehrt und forscht auch fast ausschließlich in Italien. Die Beiträge der Bundesrepublik Deutschland würden aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, die Drittmittel kämen ganz überwiegend aus dem Haushalt der Europäischen Gemeinschaften und die Eigenmittel des Institutes (z. B. aus Erlösen, Dienstleistungen, Verzinsungen und Studiengebühren für Studenten, die nicht aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften kommen) werden im Rahmen des Institutshaushalts in italienischen Lira bewirtschaftet.

**Übereinkommen
zur Revision des Übereinkommens
über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts**

**Convention
portant révision de la convention
portant création d'un Institut universitaire européen**

Seine Majestät der König der Belgier,
ihre Majestät die Königin von Dänemark,
der Präsident der Bundesrepublik Deutschland,
der Präsident der Griechischen Republik,
seine Majestät der König von Spanien,
der Präsident der Französischen Republik,
der Präsident Irlands,
der Präsident der Italienischen Republik,
seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg,
ihre Majestät die Königin der Niederlande,
der Präsident der Portugiesischen Republik,
ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland –

In der Erwägung, daß die bisherige Erfahrung und die Zukunftsperspektiven eine Anpassung der Verwaltungs- und der akademischen Strukturen des Europäischen Hochschulinstituts angezeigt erscheinen lassen –

haben beschlossen, einige Bestimmungen des Übereinkommens über die Gründung eines europäischen Hochschulinstituts zu ändern,

und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier:

Herr André Onkelinx,
Botschafter des Königreichs Belgien in Rom;

Ihre Majestät die Königin von Dänemark:

Frau Ellen Hansen,
Vertreterin der Regierung im Hohen Rat des Europäischen Universitätsinstituts;

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Herr Konrad Seitz,
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom;

Der Präsident der Griechischen Republik:

Herr George Contogiorgis,
Vertreter der Regierung im Hohen Rat des Europäischen Universitätsinstituts;

Seine Majestät der König von Spanien:

Herr Delfin Colomé,
Generaldirektor für kulturelle und wissenschaftliche Angelegenheiten;

Der Präsident der Französischen Republik:

Herr André Baeyens,
Delegierter beim Generaldirektor für kulturelle, wissenschaftliche und technische Beziehungen;

Sa Majesté le Roi des Belges,
sa Majesté la Reine de Danemark,
le Président de la République fédérale d'Allemagne,
le Président de la République hellénique,
sa Majesté le Roi d'Espagne,
le Président de la République française,
le Président d'Irlande,
le Président de la République italienne,
son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg,
sa Majesté la Reine des Pays-Bas,
le Président de la République portugaise,
sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,

considérant que l'expérience acquise et les perspectives futures appellent une adaptation des structures administratives et académiques de l'Institut universitaire européen,

ont décidé de réviser certaines dispositions de la convention portant création d'un Institut universitaire européen,

et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges,

André Onkelinx,
Ambassadeur du Royaume de Belgique à Rome;

Sa Majesté la Reine de Danemark,

Ellen Hansen,
Représentant du gouvernement au Conseil supérieur de l'Institut universitaire européen;

Le Président de la République fédérale d'Allemagne,

Konrad Seitz,
Ambassadeur de la République fédérale d'Allemagne à Rome;

Le Président de la République hellénique,

George Contogiorgis,
Représentant du gouvernement au Conseil supérieur de l'Institut universitaire européen;

Sa Majesté le Roi d'Espagne,

Delfin Colomé,
Directeur général des relations culturelles et scientifiques;

Le Président de la République française,

André Baeyens,
Délégué auprès du directeur général des relations culturelles, scientifiques et techniques;

Der Präsident Irlands:

Herr Sean Nolan,
Vertreter der Regierung im Hohen Rat des Europäischen Uni-
versitätsinstituts;

Der Präsident der Italienischen Republik:

Herr Bruno Bottai,
Generalsekretär des Ministeriums für auswärtige Angelegen-
heiten;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg:

Herr Nic Mosar,
Botschafter des Großherzogtums Luxemburg in Rom;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

Herr W.L.C.H.M. van den Berg,
Vertreter der Regierung im Hohen Rat des Europäischen Uni-
versitätsinstituts;

Der Präsident der Portugiesischen Republik:

Herr Armando Marques Guedes,
Vertreter der Regierung im Hohen Rat des Europäischen Uni-
versitätsinstituts;

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs Groß-
britannien und Nordirland:

Herr David Hugh Colvin,
Minister bei der Botschaft des Vereinigten Königreichs Groß-
britannien und Nordirland in Rom.

Diese sind nach Austausch ihrer als gut und gehörig befunde-
nen Vollmachten

wie folgt übereingekommen:

Bestimmungen zur Revision des Übereinkommens über die Gründung eines europäischen Hochschulinstituts

Artikel 1

(1) Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 3 erhält folgende
Fassung:

„Sie tragen der kulturellen und sprachlichen Vielfalt Europas und
den Bindungen zu den außereuropäischen Kulturen Rechnung.“

(2) Dem Artikel 2 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz hinzu-
gefügt:

„Im Rahmen des allgemeinen Programms für seine wissenschaft-
lichen Tätigkeiten entwickelt das Institut interdisziplinär gehaltene
Forschungsprogramme zu den wichtigsten Fragen, die sich der
heutigen europäischen Gesellschaft stellen, insbesondere zu den
Fragen im Zusammenhang mit dem Aufbau Europas.“

Artikel 2

(1) In Artikel 6 Absatz 6 wird Buchstabe d zu Buchstabe f.

(2) In Artikel 6 Absatz 6 werden die folgenden Buchstaben
eingefügt:

- „d) Einsetzung eines Forschungsbeirates, dessen Zusammen-
setzung und dessen Aufgaben er nach Anhörung des Akade-
mischen Rates festlegt;
- e) Schaffung und Schließung interdisziplinärer Zentren inner-
halb des Instituts nach Anhörung des Akademischen Rates
und des Forschungsbeirates;“

Artikel 3

Artikel 7 Absatz 2 Unterabsatz 3 erhält folgende Fassung:

„Er ernennt die Leiter der Abteilungen, die Direktoren der inter-
disziplinären Zentren und die übrigen Mitglieder des Lehrkörpers,

Le Président d'Irlande,

Sean Nolan,
Représentant du gouvernement au Conseil supérieur de l'Insti-
tut universitaire européen;

Le Président de la République italienne,

Bruno Bottai,
Secrétaire général du ministère des Affaires étrangères;

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg,

Nic Mosar,
Ambassadeur du Grand Duché de Luxembourg à Rome;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas,

W.L.C.H.M. van den Berg,
Représentant du gouvernement au Conseil supérieur de l'Insti-
tut universitaire européen;

Le Président de la République portugaise,

Armando Marques Guedes,
Représentant du gouvernement au Conseil supérieur de l'Insti-
tut universitaire européen;

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et
d'Irlande du Nord,

David Hugh Colvin,
Ministre de l'Ambassade du Royaume-Uni de Grande-Bre-
tagne et d'Irlande du Nord à Rome;

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus
en bonne et due forme,

sont convenus des dispositions qui suivent:

Dispositions portant révision de la convention portant création d'un Institut universitaire européen

Article 1

1. A l'article 2 paragraphe 1 alinéa 1, la troisième phrase est
remplacée par le texte suivant:

«Ils tiennent compte du pluralisme culturel et linguistique de
l'Europe et des relations avec les civilisations extraeuropéen-
nes.»

2. A l'article 2 paragraphe 1, l'alinéa suivant est ajouté:

«Dans le cadre du programme général de ses activités scienti-
fiques, l'Institut développe des programmes de recherche de
caractère interdisciplinaire sur les principales questions avec les-
quelles est confrontée la société européenne contemporaine, et
notamment sur les questions liées à la construction européenne.»

Article 2

1. A l'article 6 paragraphe 6, le point d) devient le point f).

2. A l'article 6 paragraphe 6, les points suivants sont insérés:

- «d) la création d'un conseil de recherche, dont il détermine après
consultation du conseil académique, la structure et les attri-
butions;
- e) la création comme la suppression de centres interdiscipli-
naires internes à l'Institut, après consultation du conseil acadé-
mique et du conseil de recherche;».

Article 3

A l'article 7 paragraphe 2, le troisième alinéa est remplacé par le
texte suivant:

«Il nomme les chefs de département, les directeurs de centre
interdisciplinaire et les autres membres du corps enseignant,

die gemäß Artikel 9 Absatz 5 Buchstabe e und Artikel 9 Absatz 2 benannt wurden.“

Artikel 4

Artikel 7 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Der Präsident des Instituts wird vom Obersten Rat nach Anhörung des Akademischen Rates gewählt. Die Einzelheiten für die Zusammenarbeit zwischen dem Obersten Rat und dem Akademischen Rat zur Vorbereitung dieser Beschlüsse werden vom Obersten Rat nach Anhörung des Akademischen Rates einstimmig festgelegt.

Er wird für die Dauer von fünf Jahren ernannt. Der Oberste Rat kann seine Amtszeit nach Anhörung des Akademischen Rates einstimmig um höchstens drei Jahre verlängern.

In den in Artikel 6 Absatz 5 Buchstabe a vorgesehenen Vorschriften werden die Bedingungen festgelegt, unter denen seine Amtszeit auf seine Initiative oder auf Initiative des Instituts vorzeitig beendet werden kann.“

Artikel 5

(1) Artikel 9 Absätze 2, 3, 4 und 5 erhält folgende Fassung:

„(2) Ein Exekutivausschuß, der sich aus dem Präsidenten des Instituts als Vorsitzender, den Abteilungsleitern, den Direktoren der in Artikel 11 Absatz 3 genannten Zentren und einem Vertreter der Forscher zusammensetzt, unterstützt mit Hilfe des Generalsekretärs den Präsidenten bei der Durchführung der Institutsaufgaben, wenn dieser darum ersucht.

Der Exekutivausschuß bereitet die Arbeiten des Akademischen Rates vor. Er benennt die nicht unter Absatz 5 Buchstabe e fallenden Mitglieder des Lehrkörpers. Er erstellt die Listen der Mitglieder der über Aufnahme und Studienabschluß entscheidenden Ausschüsse.

Er nimmt die besonderen Aufgaben wahr, die ihm vom Akademischen Rat übertragen werden.

Er erstattet dem Akademischen Rat und dem Obersten Rat regelmäßig Bericht über die Bedingungen, unter denen er seine Aufgaben ausgeführt hat.

(3) Dem Akademischen Rat gehören an:

- a) Der Präsident des Instituts;
- b) der Generalsekretär des Instituts, der sich ohne Stimmrecht an den Arbeiten beteiligt;
- c) die Abteilungsleiter;
- d) die Direktoren der interdisziplinären Zentren;
- e) alle oder ein Teil der dem Institut zugeordneten Professoren;
- f) alle oder ein Teil der dem Institut zugeordneten Hochschulassistenten;
- g) Vertreter der sonstigen Mitglieder des Lehrkörpers;
- h) Vertreter der Forscher;
- i) Vertreter der Mitglieder anderer Gruppen, die innerhalb des Instituts an der Ausführung seiner Aufgaben beteiligt sind.

Der Oberste Rat kann Persönlichkeiten, die Staatsangehörige der Vertragsstaaten sind, den verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens angehören und aufgrund ihrer Befähigung bestimmt werden, einladen, an den Tätigkeiten des Akademischen Rates unter den vom Obersten Rat festgelegten Bedingungen teilzunehmen.

(4) In den in Artikel 6 Absatz 5 Buchstabe a vorgesehenen Vorschriften wird folgendes festgelegt:

- a) die Zahl der Mitglieder des Akademischen Rates, die die in Absatz 3 Buchstaben e, f, g, h und i genannten Gruppen

désignés conformément aux dispositions de l'article 9 paragraphe 5 sous e) et de l'article 9 paragraphe 2.“

Article 4

A l'article 7, le paragraphe 3 est remplacé par le texte suivant:

«3. Le président de l'Institut est choisi par le conseil supérieur après consultation du conseil académique. Les modalités de coopération entre le conseil supérieur et le conseil académique en vue de préparer cette décision sont arrêtées par le conseil supérieur, statuant à l'unanimité, après avis du conseil académique.

Il est nommé pour cinq ans. Le conseil supérieur, statuant à l'unanimité, après avis du conseil académique, peut prolonger son mandat pour une période maximale de trois ans.

Les dispositions réglementaires prévues à l'article 6 paragraphe 5 sous a) déterminent les conditions dans lesquelles il peut être mis fin à son mandat, à son initiative ou à celle de l'Institut.»

Article 5

1. A l'article 9 les paragraphes 2 à 5 sont remplacés par le texte suivant:

«2. Un comité exécutif, présidé par le président de l'Institut, assisté du secrétaire général et composé du président, des chefs de département, des directeurs des centres prévus à l'article 11 paragraphe 3, et d'un représentant des chercheurs, assiste le président à sa demande dans l'exécution des tâches de l'Institut.

Le comité exécutif prépare les travaux du conseil académique. Il désigne les membres du corps enseignant autres que ceux visés au paragraphe 5 sous e). Il établit la liste des membres des jurys d'admission et de fin d'études.

Il exerce les tâches particulières qui lui sont confiées par le conseil académique.

Il fait régulièrement rapport au conseil académique et au conseil supérieur des conditions dans lesquelles il a rempli ses missions.

3. Sont membres du conseil académique:

- a) le président de l'Institut;
- b) le secrétaire général de l'Institut qui participe aux travaux sans droit de vote;
- c) les chefs de département;
- d) les directeurs de centre interdisciplinaire;
- e) tout ou partie des professeurs attachés à l'Institut;
- f) tout ou partie des maîtres assistants attachés à l'Institut;
- g) des représentants des autres membres du corps enseignant;
- h) des représentants des chercheurs;
- i) des représentants des membres d'autres catégories participant au sein de l'Institut à l'accomplissement de ses missions.

Le conseil supérieur peut inviter à participer aux activités du conseil académique, dans les conditions qu'il détermine, des personnalités ressortissantes des Etats contractants et appartenant aux différentes catégories de la vie économique, sociale et culturelle, désignées en raison de leurs compétences.

4. Les dispositions réglementaires prévues à l'article 6 paragraphe 5 sous a) déterminent:

- a) le nombre des membres du conseil académique représentant les catégories indiquées au paragraphe 3 sous e), f), g), h) et i)

vertreten, die Modalitäten für ihre Benennung und die Dauer ihres Mandats;

- b) die im Akademischen Rat anzuwendenden Mehrheitsregeln;
- c) die Vorschriften für die Tätigkeit des Exekutivausschusses.

(5) Der Akademische Rat hat folgende Aufgaben:

- a) Billigung der Studienprogramme der Abteilungen sowie, nach Anhörung des Forschungsbeirates, ihrer Forschungsprogramme;
- b) Billigung der Forschungsprogramme der interdisziplinären Zentren nach Anhörung des Forschungsbeirates;
- c) Teilnahme an der Ausarbeitung des Entwurfs des jährlichen Haushaltsplans sowie des Entwurfs der Dreijahres-Finanzvorschläge;
- d) Erlass von Durchführungsvorschriften für die Forschungs- und Lehrtätigkeit, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der anderen Organe des Instituts fallen;
- e) Benennung der Abteilungsleiter, der Direktoren der interdisziplinären Zentren, der Professoren und der Hochschulassistenten, die auf Vollzeitbasis zum Lehrkörper des Instituts gehören sollen; die Zusammensetzung des Akademischen Rates in den diesbezüglichen Sitzungen ist auf das Lehrpersonal beschränkt, dessen Befähigung zumindest der Befähigung der betreffenden Personen entspricht;
- f) Festlegung der Bedingungen, unter denen die in Artikel 14 vorgesehenen Titel verliehen und Bescheinigungen erteilt werden;
- g) Prüfung des vom Präsidenten des Instituts erstellten und dem Obersten Rat vorgelegten Entwurfs eines Tätigkeitsberichts.“

(2) Artikel 9 Absatz 7 wird gestrichen.

Artikel 6

In Artikel 10 wird der Satz „in ihnen sind Seminare zusammengefaßt“ gestrichen.

Artikel 7

Artikel 11 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

„(3) Das Institut kann unter Berücksichtigung der an ihm geschaffenen Abteilungen ein oder mehrere interdisziplinäre Studien- und Forschungszentren umfassen. Die Errichtung sowie die Schließung eines derartigen Zentrums, sein Aufgabenbereich, seine spezifischen Strukturen und seine allgemeinen Arbeitsbedingungen werden vom Obersten Rat nach Anhörung des Akademischen Rates und des Forschungsbeirates mit qualifizierter Mehrheit festgelegt.“

Artikel 8

In Artikel 12 Absatz 2 Unterabsatz 2 wird das Wort „Assistenten“ durch das Wort „Hochschulassistenten“ ersetzt.

Artikel 9

(1) In Artikel 14 Absatz 1 wird die Bezugnahme „Absatz 3“ durch die Bezugnahme „Absatz 4“ ersetzt.

(2) In Artikel 14 wird folgender Absatz eingefügt:

„(2) Das Institut hat ebenfalls das Recht, Forschern, die mindestens ein Studienjahr am Institut abgeschlossen und die gemäß Absatz 4 diesbezüglich festgelegten spezifischen Voraussetzungen erfüllt haben, einen Titel zu verleihen, der unterhalb des Doktorgrades liegt.“

(3) In Artikel 14 wird Absatz 2 zu Absatz 3 und erhält folgende Fassung:

„(3) Forschern des Instituts, denen keiner der in den Absätzen 1 und 2 genannten Titel verliehen wurde, erhalten bei Verlassen des

ainsi que les modalités de leur désignation et la durée de leur mandat;

- b) les règles de majorité applicables au sein du conseil académique;
- c) les règles régissant le fonctionnement du comité exécutif.

5. Le conseil académique:

- a) approuve les programmes d'études des départements et, après consultation du conseil de recherche, leurs programmes de recherche;
- b) approuve, après consultation du conseil de recherche, les programmes de recherche des centres interdisciplinaires;
- c) participe à l'élaboration du projet de budget annuel ainsi que du projet de prévisions financières triennales;
- d) prend les dispositions d'exécution en matière de recherche et d'enseignement qui ne relèvent pas de la compétence des autres organes de l'Institut;
- e) siégeant en formation restreinte, réservée aux seuls enseignants dont la qualité est au moins égale à celle des personnes concernées, désigne les chefs de département, les directeurs de centre interdisciplinaire, les professeurs et les maîtres assistants appelés à faire partie à temps plein du corps enseignant de l'Institut;
- f) détermine les conditions dans lesquelles sont attribués les titres et certificats prévus à l'article 14;
- g) examine le projet de rapport d'activité établi par le président de l'Institut et soumis au conseil supérieur.“

2. A l'article 9, le paragraphe 7 est supprimé.

Article 6

A l'article 10, les mots «et au sein desquels sont regroupés des séminaires» sont supprimés.

Article 7

A l'article 11, le paragraphe suivant est ajouté:

«3. L'Institut peut, en tenant compte des départements mis en place à l'Institut, comporter un ou plusieurs centres d'études et de recherches interdisciplinaires. La création, comme la suppression, d'un tel centre, de même que sa mission, ses structures spécifiques et les conditions générales de son fonctionnement, sont décidées par le conseil supérieur statuant à la majorité qualifiée après consultation du conseil académique et du conseil de recherche.»

Article 8

A l'article 12 paragraphe 2 deuxième alinéa, le mot «assistants» est remplacé par les mots «maîtres assistants».

Article 9

1. A l'article 14 paragraphe 1, les mots «paragraphe 3» sont remplacés par les mots «paragraphe 4».

2. A l'article 14, le paragraphe suivant est inséré:

«2. L'Institut est également habilité à décerner un titre d'un niveau inférieur au doctorat aux chercheurs qui ont accompli au moins une année d'études à l'Institut et ont satisfait aux conditions spécifiques pour ce titre arrêtées en application du paragraphe 4.»

3. A l'article 14, le paragraphe 2 devient le paragraphe 3, et est rédigé comme suit:

«3. A leur départ de l'Institut, les chercheurs de l'Institut auxquels n'a pas été décerné l'un des titres visés aux paragraphes 1 et 2

Instituts auf Ersuchen vom Institut eine Bescheinigung über ihre Studien und Forschungsarbeit am Institut.“

(4) In Artikel 14 wird Absatz 3 zu Absatz 4, und die Wörter „des Titels“ werden dort durch die Wörter „der Titel“ ersetzt.

Artikel 10

Artikel 15 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Mitglieder des Lehrkörpers sind die Abteilungsleiter, die Direktoren der interdisziplinären Zentren, die Professoren, die Hochschulassistenten sowie die übrigen Lehrkräfte.“

Artikel 11

Artikel 23 Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Der Oberste Rat ernennt zwei Prüfer verschiedener Nationalität für vier Jahre. Wiederernennung dieser Prüfer ist nicht zulässig.“

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 12

Der Oberste Rat kann die Dauer des Mandats der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens im Amt befindlichen Rechnungsprüfer von drei auf vier Jahre verlängern.

Artikel 13

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung gemäß den verfassungsrechtlichen Vorschriften der Vertragsstaaten.

Es tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Zeitpunkt folgt, zu dem die Regierung der Italienischen Republik die letzte Notifikation darüber erhalten hat, daß diese Formalitäten erfüllt sind.

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Übereinkommen gesetzt.

Geschehen zu Florenz am achtzehnten Juni neunzehnhundert-zweiundneunzig und am siebzehnten September neunzehnhundertzweiundneunzig.

reçoivent de l'Institut, à leur demande, un certificat attestant des études et recherches qu'ils ont entreprises à l'Institut.»

4. A l'article 14, le paragraphe 3 devient le paragraphe 4 et les mots «du titre» y sont remplacés par les mots «des titres».

Article 10

A l'article 15, le paragraphe 1 est remplacé par le texte suivant:

«1. Le corps enseignant est composé des chefs de département, des directeurs de centre interdisciplinaire, des professeurs, des maîtres assistants et des autres enseignants.»

Article 11

A l'article 23 paragraphe 1, l'alinéa 1 est remplacé par le texte suivant:

«1. Le conseil supérieur nomme deux vérificateurs de nationalité différente pour une période de quatre ans. Le mandat de ces vérificateurs n'est pas renouvelable.»

Dispositions transitoires et finales

Article 12

Le conseil supérieur peut porter de trois ans à quatre ans la durée du mandat des vérificateurs aux comptes en fonctions lors de l'entrée en vigueur de la présente convention.

Article 13

La convention est soumise à la ratification, à l'acceptation ou à l'approbation, en conformité avec les dispositions constitutionnelles des Etats contractants.

Elle entre en vigueur le premier jour du mois suivant la date de réception de la dernière notification de l'accomplissement de ces formalités par le gouvernement de la République italienne.

La convention, rédigée en un exemplaire unique en langues allemande, anglaise, danoise, espagnole, française, grecque, irlandaise, italienne, néerlandaise et portugaise, les dix textes faisant foi, est déposée dans les archives du gouvernement de la République italienne, qui en remettra une copie certifiée conforme à chacun des gouvernements des autres Etats signataires.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas de la présente convention.

Fait à Florence, le dix-huit juin mil neuf cent quatre-vingt-douze et le dix-sept septembre mil neuf cent quatre-vingt-douze.

Denkschrift zum Übereinkommen

1. Allgemeines

Mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, haben am 19. April 1972 das Übereinkommen über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstitutes (EHI) unterzeichnet (BGBl. 1974 II S. 1137). Das Übereinkommen ist am 1. Februar 1975 in Kraft getreten (BGBl. 1975 II S. 839). In der Folgezeit sind nach und nach alle übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft dem Übereinkommen beigetreten.

Das Institut hat drei Organe:

- Den Obersten Rat, in dem die Vertragsstaaten vertreten sind.
- Den Präsidenten des Instituts, der vom Obersten Rat gewählt und – nach der bisherigen Regelung – für die Dauer von drei Jahren ernannt wird und dessen Amtszeit einmal um denselben Zeitraum verlängert werden kann.
- Den Akademischen Rat, der sich aus dem Präsidenten, dem Generalsekretär, den Abteilungsleitern und aus Vertretern des Lehrkörpers und der Forscher zusammensetzt und dessen wichtigste Aufgabe die Ausarbeitung des Studien- und Forschungsprogramms ist.

Um die Arbeit des Instituts weiter zu straffen und zu verbessern, hat der Oberste Rat Ende 1990 eine Beurteilungsgruppe eingesetzt, die ihm Anhaltspunkte für die Aufstellung eines „Strategischen Planes“ für das Institut für das kommende Jahrzehnt liefern sollte. Die Beurteilungsgruppe hat im Dezember 1991 die gewünschten Anhaltspunkte vorgelegt, die im Akademischen Rat und im Obersten Rat ausführlich diskutiert und auf einer Regierungskonferenz in Den Haag am 20. März 1992 von Vertretern der Mitgliedstaaten beraten und in Form einer Empfehlung für ein Revisionsübereinkommen beschlossen wurden.

Mit dem „Übereinkommen zur Revision des Übereinkommens über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts“ sollen jetzt diese Empfehlungen sowie weitere Erfahrungen mehr technischer Art aus der Vergangenheit umgesetzt werden.

2. Besonderes

Artikel 1

Durch den zusätzlichen Hinweis auf die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas in der Aufgabenbeschreibung für das Institut soll das unterschiedliche europäische Erbe noch mehr verdeutlicht werden, von dem die Forschung des Instituts ausgehen soll. Um der Komplexität seiner Aufgaben besser gerecht zu werden, soll das Institut außerdem auch interdisziplinär forschen.

Artikel 2

Im Institut ist durch Beschluß des Obersten Rates Ende 1980 ein Forschungsbeirat eingesetzt worden, der sich bewährt hat. Er soll jetzt ausdrücklich in dem Übereinkommen eine Rechtsgrundlage finden.

Durch die Einrichtung von besonderen interdisziplinären Zentren sollen weiterhin die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, die bisher vornehmlich auf

Fachbereiche ausgerichtete Forschung und Lehre des Instituts zu erweitern und den komplexen Fragestellungen mehr gerecht zu werden.

Artikel 3

In dieser Vorschrift wird dem Umstand Rechnung getragen, daß es neben den Abteilungen jetzt auch interdisziplinäre Zentren mit eigenen Leitern geben soll.

Artikel 4

Hier wird das Wahlverfahren und die Amtsdauer des Präsidenten geändert. Der Oberste Rat wählt den Präsidenten nicht mehr aus einer Liste von drei Namen, die der Akademische Rat festlegt, sondern ungebunden von einer solchen Liste nur noch nach Anhörung des Akademischen Rates. Da es aber wenig Sinn gibt, den Präsidenten gegen die Stimmen des Akademischen Rates zu wählen, wird außerdem festgelegt, daß die Wahl in Zusammenarbeit zwischen dem Obersten Rat und dem Akademischen Rat erfolgen soll und daß die Einzelheiten der Zusammenarbeit nach Anhörung des Akademischen Rates vom Obersten Rat festgelegt werden sollen.

Die verhältnismäßig kurze erste Amtszeit von drei Jahren für den Präsidenten hat sich nicht bewährt. Das Institut mit seinen umfangreichen Aufgaben erfordert eine längere Einarbeitungszeit, die gewonnenen Erfahrungen können während der verhältnismäßig kurzen Amtszeit nicht ausreichend genutzt und umgesetzt werden. Der Präsident soll deshalb künftig auf fünf Jahre ernannt werden, seine Amtszeit soll allerdings nur um höchstens drei Jahre verlängert werden können, um eine zu lange Prägung des Instituts durch einen Präsidenten bei der Institutsführung zu vermeiden.

In dem Artikel wird schließlich erstmalig festgelegt, unter welchen Bedingungen die Amtszeit eines Präsidenten vorzeitig beendet werden kann.

Artikel 5

Der Akademische Rat, in dem neben dem Präsidenten und dem Generalsekretär regelmäßig alle Forscher und Lehrer am Institut vertreten sind, hat sich für die tägliche Arbeit des Instituts als zu groß erwiesen. Als ständiger Gesprächspartner soll deshalb dem Präsidenten künftig ein Exekutivausschuß beigegeben werden, der sich aus dem Präsidenten des Instituts, den Leitern der Abteilungen und interdisziplinären Zentren und einem Vertreter der Forscher zusammensetzen soll und der die Aufgabe hat, den Präsidenten bei der Durchführung der Institutsaufgaben zu unterstützen, wenn dieser darum ersucht. Der Exekutivausschuß soll außerdem die Arbeit des Akademischen Rates vorbereiten und einzelne laufende Verwaltungsarbeiten übernehmen.

Der Akademische Rat selbst soll um die Direktoren der interdisziplinären Zentren sowie um Vertreter der Hochschulassistenten, die eine maßgebliche Rolle bei der Forschung des Instituts spielen, sowie um Vertreter anderer Gruppen, die innerhalb des Instituts an der Ausführung seiner Aufgaben beteiligt sind, erweitert werden.

Die Studien- und Forschungsprogramme sollen weiterhin nicht mehr länger vom Akademischen Rat insgesamt, son-

dern von den Abteilungen und den interdisziplinären Zentren selbst erarbeitet und nur noch vom Akademischen Rat gebilligt werden.

Artikel 6

Die Seminare haben sich nicht als praktikabel erwiesen; der Hinweis in dem Gründungsübereinkommen auf die Seminare soll deshalb gestrichen werden.

Artikel 7

Die Arbeit der Fachabteilungen soll durch interdisziplinär arbeitende Zentren ergänzt und erweitert werden. Damit soll dem umfangreichen Aufgabenkatalog des Institutes besser entsprochen werden.

Artikel 8

Hier soll zur besseren Verdeutlichung der Funktionen der Assistenten nicht länger mehr von Assistenten, sondern von „Hochschulassistenten“ gesprochen werden.

Artikel 9

An der Arbeit des Institutes beteiligen sich immer mehr Forschungsstudenten und junge Wissenschaftler, die die

Kapazitäten des Instituts nutzen wollen, ohne einen Doktorgrad zu erwerben. Damit diese Zeit am Institut belegt werden kann, sollen sie einen noch festzulegenden, neuen Titel erhalten können, der unterhalb des Doktorgrades liegt.

Artikel 10

Hier werden Konsequenzen bei der Bezeichnung aus den übrigen Änderungen gezogen.

Artikel 11

Die bisherige Amtszeit der Prüfer von grundsätzlich drei Jahren hat sich nicht bewährt. Die Struktur und Aufgaben des Instituts erfordern eine längere Einarbeitungszeit, die während der Amtszeit gewonnenen Erfahrungen sollen länger genutzt werden. Die Prüfer sollen deshalb jetzt auf vier Jahre ernannt werden, um jedoch sicherzustellen, daß keine Betriebsblindheit eintritt, soll ihre Wiederernennung nicht mehr zulässig sein.

Artikel 12

Hier handelt es sich um eine Übergangsvorschrift um die Erfahrung der zur Zeit benannten Prüfer besser zu nutzen.